

Die Schweiz holt Pflegepersonal im Ausland – und stösst auf Widerstand

Von Daniel Friedli, Bern.

Die Weltgesundheitsorganisation will die Abwanderung von Spital- und Heimpersonal aus armen Ländern begrenzen.



Pflegenotstand in den Spitälern: Kann das Personal weiterhin einfach im Ausland rekrutiert werden?

Bild: Keystone

So weit wie in Prag ist man in der Schweiz noch nicht. Dort lockte unlängst ein verzweifelter Spitaldirektor mit kostenlosen Schönheitsoperationen neues Personal in sein Haus: Wer für drei Jahre unterschrieb, durfte sich als Belohnung gratis die Lippen aufspritzen, die Brüste vergrössern oder den Bauch straffen lassen.

Doch der akute Personalmangel zwingt die Klinik- und Heimdirektoren auch hierzulande, sich bei der Suche nach Ärzten und Pflegepersonal immer weiter zu

strecken. Gesucht wird dabei regelmässig auch im Ausland, mit Inseraten, Anwerbepremien und bisweilen gar spezialisierten Vermittlungsbüros. Diese wiederum arbeiten mit lokalen Vermittlungsleuten vor Ort - und verlangen für ihre Dienste gut und gerne 10 000 bis 20 000 Franken.

Doch dieses Rekrutierungsmodell stösst zunehmend an Grenzen. Zum einen, weil auch im Ausland das Personal knapper wird. Zum anderen, weil sich viele Länder gegen die Abwerbungen zu wehren beginnen. «Wir geraten international zusehends unter Druck», sagt Franz Wyss, scheidender Zentralsekretär der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK). So zahlt etwa Deutschland dieses Jahr seinen Ärzten eine Milliarde Euro mehr, auch um die Abwanderung in Länder wie die Schweiz zu stoppen. Und aus Kanada kommen gemäss GDK-Präsident Pierre-Yves Maillard Headhunter in die Schweiz, um hier pflegende Landsleute wieder in die Heimat zurückzuholen. Die gleichen Leute notabene, welche die Schweizer früher in Kanada abgeworben haben.

Selber ausbilden statt abwerben

Schliesslich verfolgt auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Personalmigration mit wachsender Sorge. Die Uno-Organisation arbeitet derzeit an einem Kodex, der die internationale Rekrutierung von Gesundheitspersonal regeln soll. Und zumindest der Entwurf dazu ist ziemlich rigid ausgefallen: Alle Länder werden darin aufgerufen, ihre Fachleute so weit als möglich selber auszubilden, statt sie im Ausland abzuwerben. Vor allem aus Entwicklungsländern soll kein Personal rekrutiert werden. Und wenn doch, dann seien den Ländern diese Verluste zu kompensieren, zum Beispiel durch finanzielle oder technische Hilfe.

In der Schweiz beobachtet man diese Entwicklung zwar nicht ablehnend, aber mit einer gewissen Skepsis. Mit dem Konzept der vollständigen Selbstversorgung etwa tut sich das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schwer. «In einer globalen Welt ist dies der falsche Ansatz», sagt Vizedirektor Gaudenz Silberschmidt. Auch im Gesundheitswesen ergebe Kooperation über die Grenzen hinweg Sinn, zumal Länder wie die Philippinen explizit Personal «für den Export» ausbildeten.

Auch hinter das Kompensationsgebot setzt das BAG ein Fragezeichen, da es ein solches schlicht nicht für umsetzbar erachtet. «Was tut man dann, wenn eine rekrutierte Pflegerin später in ihr Heimatland zurückgeht oder aus dem Beruf aussteigt?», fragt Silberschmidt.

Noch lange abhängig

Zu defensiv ist diese Position dem Verband des Pflegepersonals und den Nichtregierungsorganisationen. Für sie grenzt die heutige Schweizer Rekrutierungspolitik an Diebstahl, weil sie letztlich den Pflegenotstand in ärmeren Ländern verschärft. Dass die Schweiz vorab aus Nachbarländern rekrutiert, lässt Thomas Schwarz vom Netzwerk Medicus Mundi dabei nicht als Ausrede gelten: Die Deutschen müssten dann ihr Personal in Polen suchen, die Polen ihres in der Ukraine und so weiter. Schwarz fordert darum, dass die Schweiz den ärmeren Ländern noch aktiver hilft, selber genügend Fachleute auszubilden und diese dann auch im Land zu halten. Und er verlangt, dass sie endlich das Problem der eigenen Ausbildungslücke anpackt.

Zumindest mit diesem Punkt kann sich auch der Bund restlos einverstanden erklären. Er begrüsst, dass die Kantone daran sind, ihre Anstrengungen zur Förderung der Pflegeberufe zu intensivieren. Illusionen über deren Wirkung macht sich aber niemand. «Die Schweiz wird beim Gesundheitspersonal noch längere Zeit massiv vom Ausland abhängig sein», sagt Silberschmidt. (Tages-Anzeiger)